

„Es läßt sich bis jetzt nicht erweisen, daß die Jesuiten an den hegenden Religionenkriegen, vom Blutbad zu Bassu bis zur Bartholomäusnacht direkte Mitschuld besitzen.“ Und er fährt im Sinne Dr. Hölych fort: „Doch aber die blutige Ausübung der Feuer und die gräßlichen Schlächtereien in Paris in ihrem Sinne waren, geht nicht nur aus der ganzen Bekämpfung und der Überfall gegen die Feuerbefolgen Präzis des Ordens hervor, sondern erhellt auch noch ganz besonders aus dem Lobe, welches der Vater Guignac einem solchen Verfahren zollte.“ („Der Jesuitenorden.“ S. 157.) Da wäre nun zu beweisen, daß die Bekämpfung der Jesuiten, der „Geist“, wie Herr Dr. Höhl sagte, auf solche gräßliche Schlächtereien gerichtet war und ihre Präzis das Feuerverbrennen verlangt. Beiden Behauptungen widersprechen die Tatsachen und auch etwaige Neuerungen einzelner können diesen Beweis nicht herstellen.

Und erst der 30jährige Krieg<sup>1</sup> Vorschlag, der Doctor-College des Herrn Superintendenten Meier von Halle, warf das geflügelte Wort in die Welt: „Doch die Jesuiten die hauptsächlichsten Urheber des 30jährigen Krieges gewesen sind . . . ist überall, wo nicht Janssenische Geschichtskunst waltet, anerkannt.“ Der voraussetzunglose Herr Dr. Hölych, bei dem Janssenische Geschichtskunst und Gründlichkeit nicht waltet, wie wir ihm in Nr. 66 unseres Blattes nachgewiesen haben, schwört natürlich auf die Wahrheit dieses Ausdrucks. Und die Beweise hierfür? Da hält die Logik, der 30jährige Krieg war gar kein Religionenkrieg im eigentlichen Sinne des Wortes. Hören wir bloß einen Zeugen: Bindely sagt im 4. Band seiner Geschichte des 30jährigen Krieges (Prag, 1880), S. 31: „Der religiöse Zwiespalt gab nur den Anstoß zum Kampfe; die Gründe, um derentwillen er so große Dimensionen annahm und so lange wähnte, waren die Besitzfragen . . . Dazu kam, daß viele der Reuerer nach den Gütern der alten Kirche lüstern waren . . . Die Gründe, um derentwillen der Krieg im Jahre 1618 seinen Anfang nahm . . . wurszelten alle in egoistischen Zutreffern.“ Bei den habbüchtigen protestantischen Fürsten der Union findet Herr Dr. Hölych die ersten Gründe zum „Religionenkrieg“. Die Tatsachen zeigen uns die unter protestantischem Einfluß stehenden böhmischen, tschechischen, ungarischen und österreichischen Stände in offener Rebellion gegen den legitimen König und Kaiser, in Erreichung egotistischer Interessen, zu deren Verhinderung die Religion einen willkommenen Vorwand bot; um diesen Vorwand als wahren, zwingenden Grund erscheinen zu lassen, werden überall die Jesuiten als die eigentlichen Rebellen und Störenfriede ausgerufen und ins Elend gejagt. Der einflußreichste Zeitung am Kaiserhof, P. Decam, war der erste, der die Toleranz der protestantischen Mainbündigung in Österreich dem Kaiser gegenüber befürwortete und das zu einer Zeit, in welcher sein protestantischer Kürst seinen Untertanen die Ausübung der alten, von den Vätern überkommenen Religion gestattete. Die Wüteneien der Schlachtfelder im 30jährigen Kriege haben die Protestanten auf dem Gewissen!

Nachdem noch Pastor Riedel und Dr. Teuffert gesprochen, kam Superintendent Fischer an die Reihe. Zum Hinblick auf das Verhalten König Georgs leistete er sich folgenden Satz: „Schließlich fahren wir Sachen mit unserm katholischen König doch noch besser, als die Preußen mit ihrem protestantischen.“ Stürmische Beifall meldet hier die Zeitung. Wir leben diesen Ausdruck nur hervor, um ihn gelegentlich verwerten zu können, falls die bekannte Wandelwidrigkeit gewisser Patrioten einen Neuanfang braucht.

Noch ein Superintendent Dr. Hoffmann sprach, worauf in einer Resolution allem jesuitischen Weise, der jesuitischen Türe und Berücksichtigkeit, der jesuitischen Disziplin und Rudelsamkeit der Krieg erklärt wurde. Nur wider, wir tun mit! Auch wir sind Feinde jener Eigenschaften, die hier aufgezählt wurden. Auch wir wollen Schäfer an Schäfer mit den protestantischen Bürgern jenen genannten „jesuitischen“ Geist den Karava moden. Aber er ist nicht in den Jesuiten verkörperzt, wie Dr. Höhl ausdrücklich unterstellt. Ein großes Stück derselben steht gerade in jenen Männer, die am heftigsten gegen die zu Felde ziehen Männer, die sich nicht idem, mit den vergifteten Waffen der Unwahrhaftigkeit und Rudelsamkeit, mit den Waffen der Verleumdung und Lüde den Kampf der Geister zu führen. Diesem „jesuitischen“ Geist gilt der Kampf; auf unserer Seite kämpft der ehrliche Protestant, weil er die Wahrheit dessen sieht, was gestern die „Kreuztag“ sagte, daß nämlich die „Vergebung, wie sie vom Evangelischen Bund und seinen Mitläufers ausgeht, nicht Rom, sondern der eigenen Kirche schadet, weil sie die Kräfte der Evangelischen nicht summelt, sondern zerstört“.

W.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Der Kaiser weilt am 29. März in Gaeta an Bord der Hohenzollern, woselbst die Königin-Mutter Margherita ihn befindet und fährt am 30. d. M. nach Neapel.

— Kaiser Wilhelm hat den Erzbischof von Montecassino an Bord der Hohenzollern eingeladen, was beweist, wie freundlich er demselben seit seinem letzten Aufenthalt in dem Bergloster der Benediktiner geblieben ist und dies trotz des Sturmes im liberalen Wälderwald gegen den Bischof Benito von Ley, den früheren Benediktinerabt von Maria Laach, der es gewagt hat, über einen Kirchhof das Interdikt zu verbürgen, weil dagegen gegen den Protestant der Kirchenbehörde ein Protestant verordnet wurde.

— Der deutsch-belgische Handelsvertrag. Wie die „Nordd. Allg. Zeit.“ meldet, sind die deutschen Delegierten für die deutsch-belgischen Handelsvertragserhandlungen nach Brüssel abgereist.

— Aerzte und Krankenkassen. Eine zahlreich besuchte allgemeine Krankenkassenversammlung zu Köln a. Rh. beschloß einstimmig, bei den Kölner Krankenkassen Familienversicherungen anzuschaffen, um die Familienmitglieder den zugezogenen Kassenfreundlichen Aerzten zuzuführen. Dadurch wird den Regierungärzten von der Handwerkerschaft allein 90 000 M. entzogen. Von den zugeliegezogenen Aerzten haben sich bisher nur 2 mit je 15 000 M. absindern lassen.

Die übrigen bilden eine Vereinigung und verpflichteten sich solidarisch, einen Prozeß durchzuführen.

— Der Fall Gras-Pichler beschäftigte gestern das Oberkreisgericht. Dr. Pichler wurde auch hier als Zeuge vernommen und sagte hierbei u. a. aus: „Ich habe den Brief dem Kriegsminister nicht als Beschwerde übergeben, sondern lediglich zu dem Zweck, damit der Kriegsminister die Sache nicht vergibt. Ich darf auch bemerken, daß bei uns in der Kammer es fast täglich vorkommt, daß ähnliche Anliegen zur Kenntnis des verschiedenen Minister gebracht werden, und sehr häufig, wenn nicht in den meisten Fällen, Schriftstücke übergeben werden. Ich habe selbst schon Schriftstücke anderen Minister übergeben, in denen auch Dinge vorkamen, die, wenn sie amtlich bekannt geworden wären, zu einer Strafverfolgung hätten führen müssen. Ich habe mir gedacht, der Kriegsminister würde unter der Hand Erfundungen über den Sachverhalt einzehlen und mit davon Mitteilung machen. Das ist nicht geschehen, der Kriegsminister hat die Sache offiziell behandelt. Es fällt mir nicht ein, zu sagen, daß der Kriegsminister die Sache nicht wohlwollend behandelt habe, aber zweifellos. Und darin liegt der Kernpunkt der ganzen Sache. Es ist bei uns in der Kammer allgemeiner Brauch, daß derartige Dinge vertraulich an die oberste Stelle gebracht werden, damit in gleicher Weise, vertraulich und außerordentlich Rechtheren gezeigt werden. Zeuge bezichtigt sich dann auf die Erklärung der Zentrumspartei im Landtag. — Der Verhandlungsleiter fragt: „Glauben Sie, daß die Anschuldigung der Fraktion für den Kriegsminister bindend sei?“ — Zeuge: „Die Fraktion bringt zum Ausdruck, was bisher allgemein seit Menschengedenken Uebung war. Meines Erachtens ist das ein Zeugnis, wie es stärker nicht gedacht werden kann für die Uebung, wie sie allgemein im Landtage besteht.“ Die Verurteilung von Gras wurde zwar verworfen; aber das steht heute schon fest, daß Dr. Pichler von der Anklage des Kriegsministers glänzend freigesprochen wird!

— Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heine, das geistige Haupt der Revisionisten hält in den „Sozialistischen Monatsheften“ eine sehr scharfe Abrechnung mit der Wehr-Wehring-Klinke, die Wöhre um das Mandat gebracht habe; er wendet sich namentlich gegen die Bürokratisierung und Zentralisierung in der sozialdemokratischen Partei und meint: „Hier zeigt sich der Anfang einer Gefahr, die in volkstümlicher Verwaltungen leider nahe liegt, daß nämlich sich an Stelle wahrer Volksverwaltung die Allmacht der Ausschüsse entwickelt. Um allergefährlich ist eine solche Tendenz, wenn es sich um die Gestaltung der Kandidaturen handelt, denn gerade das freie unbefristete Recht der Massen zur Wahl ihrer Vertrauensperson soll das demokratische Gegengewicht gegen den Einfluss der Beamtenbildung bilden. Beginnen aber die Parteifunktionäre selbst, zu bestimmen, wer in ihren Kreis aufgenommen werden darf, so liegt die Gefahr vor, daß frisches Blut und neue Gedanken mehr und mehr ferngehalten werden könnten, und die Partei der Verhöhnung versiegt, die das Kennzeichen aller Oligarchien und Bürokratie ist . . . Nun will eine alles umfassende große Organisation, möglichst zentralisiert, eine Taktik, eine Theorie, was für die große Menge der Parteigenossen, die keine Theoretiker sind, nichts anderes heißt als einen Glauben, und man fordert unabdinglich persönliche Unterordnung im Handeln und Denken, alles natürlich zum Dienste der Sache.“ Aber einer Sache, die innerlich durch und durch missacht ist; das ist noch das traurigste an dieser Schablonisierung. Die Sozialdemokraten halten sich sehr gerne auf über den „Dogmengang“ in der katholischen Kirche; hier faßt er um einer ihrer Kritiker, wie innerhalb der Sozialdemokratie jede freie Meinungsäußerung unterdrückt wird, um lauter Hirngespinste zur Annahme zu bringen! Denn alles, der gesamte Marxismus, hält vor der Wissenschaft nicht stand; es sind nur sichternde Seelenblosen, aufgetrieben für politische Kinder und politisch Denksaute oder Denkfähige!

### Österreich-Ungarn.

— Die Unfähigkeit der letzten Reichsratsession stellt sich in folgendem trostlosen Rückblende dar: In Österreich haben die Folgen des siebenjährigen Obsturkonskriptes nicht nur die Rechts- und Rechtsordnung schwer erschädigt, sondern auch das Ansehen der Monarchie tief geschädigt. Der letzte Sessionsabschnitt, bei dem die technische Obsturkion automatisch funktionierte, 445 Interpellationen und 228 Petitionen würdig verlesen und 48 namentliche Abstimmungen vorgenommen wurden, kennzeichnet am besten die jetzige Lage mit dem völligen Stillstand des parlamentarischen Lebens und der völligen Aussichtslosigkeit der Befreiungsversuche vom absolutistischen Rothenber, dem vielversprochenen § 14! Körbers Wort über die „parlamentarische Totenstadt“ ist also nur allzu wahr. Leider ist sie aber ebendiese noch ein allzu teurer Friedhof für die Hoffnungen und Wünsche der Wähler durch die Schuld gewissenloser Gewählter!

— In Ungarn arbeitet nun das Magnatenhaus rasch die von dem plötzlich arbeitslustig gewordenen Unterhause erledigten Budget- und Rekretvorlagen auf.

### Italien.

— Bezüglich der Meldung englischer Blätter über die Verschwörung gegen das Leben des Papstes teilt „Giornale d'Italia“ mit: Vor ungefähr 14 Tagen wurde ein Kardinal benachrichtigt, daß in Südamerika eine Verschwörung angezettelt sei, um den Papst zu töten. Der Kardinal sah den Papst und die italienische Polizei davon in Kenntnis. „Giornale d'Italia“ sagt hinzu, daß die Regierung die lebhafte Nachahmung in der Umgebung des Vatikan entalte und der Polizei in Rom befaßt, die mit den transatlantischen Dampfern an kommenden Reisenden in schärfster Weise zu überwachen. Das Blatt erklärt, daß indessen die italienische Polizeibehörde das Gerücht von einer Verschwörung in Abrede stelle.

### Frankreich.

— Der Kampf der Logen gegen die Orden geht seinem traurigen Abschluß entgegen. Combes hat aber sein Ziel, die vollständige Ausrottung der Kongregationen in Frankreich, dennoch nicht ganz erreicht. Die Kongregationen bleiben noch immer 10 Jahre bestehen und nach dem für Combes sehr bitteren Abänderungsantrage Leyques ist es

ihnen überhaupt gestattet, Noviziatshäuser für auswärtige Missionen in Frankreich zu unterhalten. Damit ist eigentlich der Plan des undankbaren Klosterstifters Combes zum Teil vereitelt. Die Kongregationen werden in den nächsten Jahren ihre Haupttätigkeit auf die Missionen in den Heldenländern erstreden und so wie ehedem bei der Vertreibung der Jesuiten neue Gebiete dem Evangelium erschließen. Wenn dann das Volk seufzen wird unter den ungeheuren Schülern, die Combes als gering hinstelle, wird man die Kongregationen wieder herbeiholen und dem Namen eines Combes und seiner Werkzeuge fliehen. Combes’ Sturz ist allem Anschein nicht mehr gut ferne. Kleine Niederlagen und Pyrrhus siege der Regierung sind die Vorboten, daß man des häßlichen Willkürregiments Combes schon überdrüßig ist. Nur die Clericals Frage hypnotisiert noch den Block und macht ihn noch zum willfährigen Medium der Loge. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr allzuferne, wo beide entlarvt werden.

### Dänemark.

— Einführung der Prügelstrafe. Der Holzschlag in Kopenhagen nahm am 25. März den Gesetzentwurf betr. die Einführung der Prügelstrafe für gewalttätige Verbredere an, nachdem er einen Abänderungsantrag, nach welchem die Prügelstrafe durch Strafarbeit ersetzt werden soll, mit 54 gegen 50 Stimmen abgelehnt hatte. Das protestantische Dänemark hört mit der Gefühlslosigkeit gegen Verbrecher, deren Bestrafung bisher eigentlich mehr eine solche der christlichen Steuerzahler war, wieder auf und kehrt zu alterthümlichen Rechtsbräuchen zurück.

### Deutsch-Südwestafrika.

Nach einem Telegramm des Gouverneurs Leutwein von gestern hat Major Glavinapp vom 24. d. M. aus Omjatu gemeldet, daß der Gegner von Owifotero auf Olatumba und mit höheren Truppen auch auf Olatongeama abgezogen ist. Owifotero ist durch Major Glavinapp besiegt worden. Die Hereros stehen gegenwärtig in vier Gruppen: die nördlichste am Waterberg, zwei nahe bei Oshandja am oberen Swatow und in den Oujati-Bergen, endlich eine Gruppe ganz im Osten des Schutzgebietes am unteren Omuramba. Letztere Gruppe dürfte die Ostgrenze überschreiten ohne daß die Truppen dies hindern können. Die großen Viehmassen, welche die Hereros bei sich haben, bewirken ihre Vermehrung und bündeln sie an die Nähe der wasserenthaltenden Landsäden. Und daß der Herero sich von seinen Herden nicht trennt, ist ein wichtiger Faktor für die Kriegsführung der Deutschen, denn abgesehen davon, daß dadurch die Bewegungslinie des Feindes ziemlich offenländig ist, fallen im Falle des Sieges den deutschen Truppen bedeutende Mengen von Vieh in die Hände.

### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 30. März 1904.

\* Se. Majestät der König empfing heute mittag den Departementschef der Königl. Hofstaaten zu Vorträgen und erteilte dem Generalleutnant z. D. v. Garlowitz, Gez. Audienz.

\* Die Errichtung des neuen Königl. Schauspielhauses wird nicht erfolgen. Das „Dresd. Journal“ meldet darüber offiziell:

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß Herr Kommerzientur Lingner in Dresden sich bereit erklärt hatte, auf dem höchsten Grundstück an der Herzogin-Garten-Str. 1 ein Königliches Schauspielhaus auf seine Kosten zu errichten. Die aufzuhwendenden Kaufosten sollten ihm von der Königl. Kanzlei angemessen zugestellt und allmählich amortisiert werden. Die Verhandlungen, die über dieses Projekt zwischen dem Königlichen Justizial und Herrn Kommerzientur Lingner gezeigt werden waren, hatten bis zum Abschluß eines Vertrags geführt. Selbstverständlich mußte aber in diesem Vertrag die Zustimmung der zuständigen staatlichen Stellen vorbehalten werden. Diese Zustimmung hat aus staatlichen Gründen nicht erteilt werden können. Damit war eine Fortführung des Projektes unmöglich gemacht, so sehr dies auch im Interesse einer geistlichen Weiterentwicklung unter Hoftheater zu bedauern war. Das Königl. Hausministerium hat es für angezeigt gehalten, Herrn Kommerzientur Lingner für seine betätigten gemeinnützigen Aktionen, die ohne sein Verschulden nicht haben verhindert werden können, den Dank auszusprechen. Wie sind in der Lage, nachstehend den Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen: Dresden, 28. März 1904. Das Ministerium des Königl. Hauses bestätigt, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der von der Generaldirektion der Königl. musikalischen Kapelle und der Hoftheater ihm vorgelegte Vertrag wegen Errichtung eines Königl. Schauspielhauses in höchster Weise abgelehnt worden ist. Die aufzuhwendenden Kaufosten sollten ihm von der Königl. Kanzlei angemessen zugestellt und allmählich amortisiert werden. Die Verhandlungen, die über dieses Projekt zwischen dem Königlichen Justizial und Herrn Kommerzientur Lingner gezeigt werden waren, hatten bis zum Abschluß eines Vertrags geführt. Selbstverständlich mußte aber in diesem Vertrag die Zustimmung der zuständigen staatlichen Stellen vorbehalten werden. Diese Zustimmung hat aus staatlichen Gründen nicht erteilt werden können. Damit war eine Fortführung des Projektes unmöglich gemacht, so sehr dies auch im Interesse einer geistlichen Weiterentwicklung unter Hoftheater zu bedauern war. Das Königl. Hausministerium hat es für angezeigt gehalten, Herrn Kommerzientur Lingner für seine betätigten gemeinnützigen Aktionen, die ohne sein Verschulden nicht haben verhindert werden können, den Dank auszusprechen. Wie sind in der Lage, nachstehend den Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen: Dresden, 28. März 1904. Das Ministerium des Königl. Hauses bestätigt, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der von der Generaldirektion der Königl. musikalischen Kapelle und der Hoftheater ihm vorgelegte Vertrag wegen Errichtung eines Königl. Schauspielhauses in höchster Weise abgelehnt worden ist. Die aufzuhwendenden Kaufosten sollten ihm von der Königl. Kanzlei angemessen zugestellt und allmählich amortisiert werden. Die Verhandlungen, die über dieses Projekt zwischen dem Königlichen Justizial und Herrn Kommerzientur Lingner gezeigt werden waren, hatten bis zum Abschluß eines Vertrags geführt. Selbstverständlich mußte aber in diesem Vertrag die Zustimmung der zuständigen staatlichen Stellen vorbehalten werden. Diese Zustimmung hat aus staatlichen Gründen nicht erteilt werden können. Damit war eine Fortführung des Projektes unmöglich gemacht, so sehr dies auch im Interesse einer geistlichen Weiterentwicklung unter Hoftheater zu bedauern war. Das Königl. Hausministerium hat es für angezeigt gehalten, Herrn Kommerzientur Lingner für seine betätigten gemeinnützigen Aktionen, die ohne sein Verschulden nicht haben verhindert werden können, den Dank auszusprechen. Wie sind in der Lage, nachstehend den Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen: Dresden, 28. März 1904. Das Ministerium des Königl. Hauses bestätigt, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der von der Generaldirektion der Königl. musikalischen Kapelle und der Hoftheater ihm vorgelegte Vertrag wegen Errichtung eines Königl. Schauspielhauses in höchster Weise abgelehnt worden ist. Die aufzuhwendenden Kaufosten sollten ihm von der Königl. Kanzlei angemessen zugestellt und allmählich amortisiert werden. Die Verhandlungen, die über dieses Projekt zwischen dem Königlichen Justizial und Herrn Kommerzientur Lingner gezeigt werden waren, hatten bis zum Abschluß eines Vertrags geführt. Selbstverständlich mußte aber in diesem Vertrag die Zustimmung der zuständigen staatlichen Stellen vorbehalten werden. Diese Zustimmung hat aus staatlichen Gründen nicht erteilt werden können. Damit war eine Fortführung des Projektes unmöglich gemacht, so sehr dies auch im Interesse einer geistlichen Weiterentwicklung unter Hoftheater zu bedauern war. Das Königl. Hausministerium hat es für angezeigt gehalten, Herrn Kommerzientur Lingner für seine betätigten gemeinnützigen Aktionen, die ohne sein Verschulden nicht haben verhindert werden können, den Dank auszusprechen. Wie sind in der Lage, nachstehend den Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen: Dresden, 28. März 1904. Das Ministerium des Königl. Hauses bestätigt, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der von der Generaldirektion der Königl. musikalischen Kapelle und der Hoftheater ihm vorgelegte Vertrag wegen Errichtung eines Königl. Schauspielhauses in höchster Weise abgelehnt worden ist. Die aufzuhwendenden Kaufosten sollten ihm von der Königl. Kanzlei angemessen zugestellt und allmählich amortisiert werden. Die Verhandlungen, die über dieses Projekt zwischen dem Königlichen Justizial und Herrn Kommerzientur Lingner gezeigt werden waren, hatten bis zum Abschluß eines Vertrags geführt. Selbstverständlich mußte aber in diesem Vertrag die Zustimmung der zuständigen staatlichen Stellen vorbehalten werden. Diese Zustimmung hat aus staatlichen Gründen nicht erteilt werden können. Damit war eine Fortführung des Projektes unmöglich gemacht, so sehr dies auch im Interesse einer geistlichen Weiterentwicklung unter Hoftheater zu bedauern war. Das Königl. Hausministerium hat es für angezeigt gehalten, Herrn Kommerzientur Lingner für seine betätigten gemeinnützigen Aktionen, die ohne sein Verschulden nicht haben verhindert werden können, den Dank auszusprechen. Wie sind in der Lage, nachstehend den Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen: Dresden, 28. März 1904. Das Ministerium des Königl. Hauses bestätigt, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der von der Generaldirektion der Königl. musikalischen Kapelle und der Hoftheater ihm vorgelegte Vertrag wegen Errichtung eines Königl. Schauspielhauses in höchster Weise abgelehnt worden ist. Die aufzuhwendenden Kaufosten sollten ihm von der Königl. Kanzlei angemessen zugestellt und allmählich amortisiert werden. Die Verhandlungen, die über dieses Projekt zwischen dem Königlichen Justizial und Herrn Kommerzientur Lingner gezeigt werden waren, hatten bis zum Abschluß eines Vertrags geführt. Selbstverständlich mußte aber in diesem Vertrag die Zustimmung der zuständigen staatlichen Stellen vorbehalten werden. Diese Zustimmung hat aus staatlichen Gründen nicht erteilt werden können. Damit war eine Fortführung des Projektes unmöglich gemacht, so sehr dies auch im Interesse einer geistlichen Weiterentwicklung unter Hoftheater zu bedauern war. Das Königl. Hausministerium hat es für angezeigt gehalten, Herrn Kommerzientur Lingner für seine betätigten gemeinnützigen Aktionen, die ohne sein Verschulden nicht haben verhindert werden können, den Dank auszusprechen. Wie sind in der Lage, nachstehend den Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen: Dresden, 28. März 1904. Das Ministerium des Königl. Hauses bestätigt, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der von der Generaldirektion der Königl. musikalischen Kapelle und der Hoftheater ihm vorgelegte Vertrag wegen Errichtung eines Königl. Schauspielhauses in höchster Weise abgelehnt worden ist. Die aufzuhwendenden Kaufosten sollten ihm von der Königl. Kanzlei angemessen zugestellt und allmählich amortisiert werden. Die Verhandlungen, die über dieses Projekt zwischen dem Königlichen Justizial und Herrn Kommerzientur Lingner gezeigt werden waren, hatten bis zum Abschluß eines Vertrags geführt. Selbstverständlich mußte aber in diesem Vertrag die Zustimmung der zuständigen staatlichen Stellen vorbehalten werden. Diese Zustimmung hat aus staatlichen Gründen nicht erteilt werden können. Damit war eine Fortführung des Projektes unmöglich gemacht, so sehr dies auch im Interesse einer geistlichen Weiterentwicklung unter Hoftheater zu bedauern war. Das Königl. Hausministerium hat es für angezeigt gehalten, Herrn Kommerzientur Lingner für seine betätigten gemeinnützigen Aktionen, die ohne sein Verschulden nicht haben verhindert werden können, den Dank auszusprechen. Wie sind in der Lage, nachstehend den Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen: Dresden, 28. März 1904. Das Ministerium des Königl. Hauses bestätigt, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der von der Generaldirektion der Königl. musikalischen Kapelle und der Hoftheater ihm vorgelegte Vertrag wegen Errichtung eines Königl. Schauspielhauses in höchster Weise abgelehnt worden ist. Die aufzuhwendenden Kaufosten sollten ihm von der Königl. Kanzlei angemessen zugestellt und allmählich amortisiert werden. Die Verhandlungen, die über dieses Projekt zwischen dem Königlichen Justizial und Herrn Kommerzientur Lingner gezeigt werden waren, hatten bis zum Abschluß eines Vertrags geführt. Selbst